

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 12

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Pakistans Hochwasser
haben Not langfristig
verschlimmert

UNFRUCHTBARKEIT

Die Stigmatisierung
kinderloser Frauen
in Nigeria

MEINUNGSFREIHEIT

Im Internet gibt es
keine demokratische
Gleichberechtigung



Staatsfinanzen in multipler Krise

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Auch während Krisen müssen Staaten investieren können

Magazin

- 4 **IMRAN MUKHTAR**
Die Flutkatastrophe beeinträchtigt in Pakistan die Ernährungssicherheit längerfristig
- 5 **SUPARNA BANERJEE**
Laut UNEP schließt sich das Zeitfenster zum Eindämmen der Klimakrise schnell
- 6 **BIMBOLA OYESOLA**
In vielen Teilen Afrikas gilt Unfruchtbarkeit als Unglück, beispielsweise in Nigeria
- 8 **ROGER SOUTHALL**
Wie sich Südafrikas weiße Minderheit heute politisch orientiert
- 10 **HANS DEMBOWSKI**
Weshalb es im Internet und auf Social-Media-Plattformen keine demokratische Gleichheit gibt
- 13 **PROGRESS MWAREYA / IMPRESSUM**
Heutzutage: Alternative Taxis in Simbabwe

Debatte

- 15 **KARIM OKANLA**
Burkina Faso steht nach dem zweiten Militärputsch innerhalb von acht Monaten vor gewaltigen Herausforderungen

- 16 **JÖRG DÖBEREINER**
Die Weltklimakonferenz war historisch, obwohl sie enttäuschte
- 17 **KAI AMBOS**
Um das Völkerrecht glaubwürdiger verteidigen zu können, sollte sich der Westen selbst konsequenter daran halten

Schwerpunkt: Staatsfinanzen in der Krise

- 20 **INTERVIEW MIT IWAN J. AZIS**
Der G20-Gipfel auf Bali hat mehr geleistet als befürchtet
- 22 **PRAVEEN JHA**
Wie die Finanzkraft von Entwicklungs- und Schwellenländern zu stärken wäre
- 24 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
Die starke US-Währung treibt arme Länder tiefer in die Schuldenfalle
- 26 **KRISTINA REHBEIN UND MALINA STUTZ**
Der IWF ist grundsätzlich für Schuldenerlasse, aber auf seine Haltung zu einzelnen Ländern wirkt sich das kaum aus
- 28 **SUNDUS SALEEMI**
Wirtschaftskrisen treffen Frauen und Mädchen besonders hart – zum Beispiel in Pakistan
- 30 **PETER MULENGA, CHIBVALO ZOMBE UND CHARLES CHINANDA**
Sambias Weg aus der Staatspleite
- 32 **ALPHONCE SHIUNDU**
Kenias Präsident will die Staatseinnahmen erhöhen und dazu vermehrt Steuern auf informelle Arbeit erheben

SCHWERPUNKT

Staatsfinanzen in multipler Krise

Regierungen weltweit stehen vor vielen Herausforderungen. Ihre Haushalte sind jedoch knapp bemessen, und vor allem in Entwicklungsländern fehlt das Geld für entschlossene Politik, etwa in den Bereichen Ernährungssicherheit oder Anpassung an die Erderwärmung. Die Inflation verschärft das Problem. Zu den zentralen Herausforderungen gehören Steuererhöhungen, das Vermeiden von Zahlungsausfällen von Staaten beziehungsweise der Umgang damit, internationale Transfers und eine wirksame multilaterale Zusammenarbeit.

Foto: picture-alliance/Ulrich Baumgarten





Unser
Schwer-
punkt zum

**Thema Staatsfinanzen
in multipler Krise
beginnt auf Seite 19.
Er hat unter anderem
Bezug zum achten
UN-Ziel für nachhal-
tige Entwicklung
(Sustainable
Development Goal
– SDG): Menschen-
würdige Arbeit und
Wirtschaftswachstum.**

Allzu schlanke Staaten brauchen mehr Finanzkraft

Wir leben in einer Ära spektakulären Marktversagens. Erderhitzung und Artenschwund sind Resultate von Transaktionen, bei denen weder Käufer noch Verkäufer für die Kosten externer Wirkungen aufkommen – und das bedroht die Zukunft unserer gesamten Spezies. Um die Probleme in den Griff zu bekommen, müssen Staaten Märkte regulieren, in nachhaltige Infrastruktur investieren und Schäden reparieren.

Dennoch halten manche an dem Dogma fest, Markt sei immer besser als Staat, also müsse Regierungshandeln minimal ausfallen. Diese Ideologie ist seit den frühen 1980er Jahren wirkmächtig. Damals trug die britische Premierministerin Margaret Thatcher viel dazu bei, sie zum internationalen Paradigma zu machen. Vielleicht markieren die wenigen Wochen von Liz Truss im selben Amt 2022 wieder eine Zeitenwende.

Wie Thatcher wollte Truss Finanzanleger mit Steuersenkungen beeindrucken. Unerlässliche Staatsleistungen wollte sie mit Schulden finanzieren. Sie hoffte, die Aussicht auf hohe Gewinne werde Investoren nach Britannien locken. Stattdessen reagierten die Märkte alarmiert. Die Zentralbank musste die Leitzinsen erhöhen, um das Pfund zu stabilisieren. Sie verteuerte damit sowohl realwirtschaftliche Investitionen als auch die staatliche Kreditaufnahme,

was Budgetengpässe auf längere Zeit weiter verengt.

Die Inflation verschärft die multiplen Krisen, die wir erleben. Die Corona-Pandemie führte zu ökonomischen Verwerfungen und Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Lage verschlimmert. Wir wissen nun, wie teuer es werden kann, wenn Gesundheitswesen und Pandemievorsorge vernachlässigt werden. Es gibt aber auch keine Friedensdividende wie nach dem kalten Krieg mehr.

In Zeiten wachsender Not werden Sozialausgaben wichtiger. Der Militäraufwand steigt vielerorts. Subventionen, die Firmen harte Zeiten überstehen helfen, sind auch nötig. Also steigen Staatsschulden derzeit. Das ist in Entwicklungsländern besonders problematisch, aber letztlich fehlt allen Regierungen die nötige Finanzkraft. Sie müssen sich also Gedanken über Steuerpolitik und mögliche Staatsinsolvenzen machen – sowie darüber, wie dringende Investitionen trotz Zinsen möglich bleiben können.

Um globale Probleme zu lösen, ist internationale Zusammenarbeit nötig. Leider ist die komplexe und fragmentierte Landschaft multilaterale Institutionen nicht ausreichend funktionstüchtig. Sie hängen von den Nationalstaaten ab, und ein einzelnes Land kann globalen Konsens sabotieren. Obendrein sind die Animositäten zwischen

Großmächten gewachsen, sodass multilaterale Politik kleinteilig und inkremental bleiben dürfte.

Es kann nicht oft genug gesagt werden, dass nationalistischer Egoismus, wie Russland ihn gewaltsam demonstriert, inakzeptabel ist. Der Ukrainekrieg verschärft alle globalen Probleme und ist deshalb ein Angriff auf die gesamte Menschheit.

Offensichtlich ist auch die Brexit-Version von nationalistischem Egoismus schädlich. Die Kampagne für den EU-Austritt war – gesponsert von Superreichen, die andere glauben machten, die EU beeinträchtigt ihren Wohlstand – ein Beispiel von Oligarchenpopulismus. Tatsächlich mögen diese Multimillionäre europaweite Bestimmungen nicht, die negative Nebenwirkungen wirtschaftlichen Handelns begrenzen. Sie hofften, einen internationalen Wettlauf nach unten auszulösen. Zum Glück haben die Finanzmärkte nicht mitgespielt.

Wir brauchen keine möglichst schlanken Staaten. Wir brauchen handlungsfähige und verantwortungsvolle Regierungen.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und Zusammen-
arbeit / D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Iwan J. Azis fand den G20-Gipfel auf Bali im November ermutigender als erwartet. Er ist Professor an der Dyson School of Applied Economics and Management der Cornell University sowie Gastprofessor an der University of Indonesia in Jakarta. Sein Schwerpunkt sind Schwellenländer. In dieser Ausgabe zieht er eine Bilanz des



G20-Gipfels (Seite 20). Als Berater der indonesischen Zentralbank und von Einlagensicherungsgesellschaften nahm er an Veranstaltungen zu G20 teil.

► **Alle Schwerpunkttexte erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie auch weitere Beiträge zum Thema finden werden.**

INDONESIA 2022

xxx



SCHWERPUNKT

Staatsfinanzen in multipler Krise

„Der G20-Gipfel hat mich sogar etwas optimistischer gestimmt.“
IWAN J. AZIS, S. 20

„Je geringer das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes, desto weniger Steuern nimmt es meist ein.“
PRAVEEN JHA, S. 22

„Der starke Dollar schadet Entwicklungsländern besonders, und zwar in mehrfacher Hinsicht.“
ANDRÉ DE MELLO E SOUZA, S. 24

„2022 lag die Kreditvergabe des IWF im dritten Jahr in Folge auf einem historischen Rekordniveau.“
KRISTINA REHBEIN UND MALINA STUTZ, S. 26

„In Schulbildung, Aus- und Fortbildung oder Forschung wurde nie viel investiert – weder öffentlich noch privat.“
SUNDUS SALEEMI, S. 28

„Schon vor der Corona-Pandemie hatte Sambia ein hohes Überschuldungsrisiko.“
**PETER MULENGA, CHIBVALO ZOMBE
UND CHARLES CHINANDA, S. 30**

„Die größte Herausforderung wird sein, auch Erwerbstätige im informellen Sektor zu erfassen.“
ALPHONCE SHIUNDU, S. 32



Gruppenfoto mit Bäume pflanzenden Regierungschefs und -chefinnen auf Bali.

GLOBAL GOVERNANCE

Die Probleme werden nicht geleugnet

Die Spitzenpolitiker der G20 – der Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften der Welt – kamen im November auf Bali zusammen. Der indonesische Wirtschaftswissenschaftler Iwan J. Azis urteilt, die komplexen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, seien ihnen bewusst.

Iwan J. Azis im Interview mit Hans Dembowski

Wir leben in multiplen Krisen, welche die Inflation weiter verschärft. Sie ist zugleich eine Reaktion auf die Krisen. Sie verteilt Kaufkraft und damit Ressourcen um – aber ungeplant und unkoordiniert. Die Abschlusserklärung des G20-Gipfels benennt die Inflation und ermutigt Zentralbanken, die Situation in den Griff zu bekommen. Mir scheint die Botschaft konfus, denn Zentralbanken sind jetzt in einem Wettlauf zu höheren Zinsen. Alle versuchen, ihre Währungen wettbewerbsfähig zu halten und anderen Ländern eine größere Last aufzubürden (siehe André de Mello e Souza auf S. 24). Die G20 entstand 2008, um makroökonomische Politik zu koordinieren. Scheut die Gruppe davor jetzt zurück?

Nein, das glaube ich nicht. Mein Eindruck ist, dass alle beteiligten Spitzenleute sehen,

dass die aktuelle Polykrise komplexer ist, als sie bisher annahmen. Covid-19, Ukrainekrieg, Konjunkturerinbruch, Ernährungsunsicherheit, globale Erwärmung, Artenschwund und Inflation sind so verwoben, dass sie fast unlösbar werden. Trotzdem hat der Gipfel mich sogar etwas optimistischer gestimmt. Dass die wichtigsten Regierungen der Welt diese Dinge nicht leugnen, sondern sich um eine gemeinsame Basis bemüht haben, ermutigt.

Aber das ist noch keine Anti-Inflations-Strategie.

Der Handlungsspielraum einer Gruppe von 20 Regierungen ist nun mal begrenzt. Zwei Dinge treiben die Preise hoch:

- Erstens die Rückkehr zu normaler Geldpolitik nach Jahren des superbilligen Geldes. Seit der Finanzkrise 2008 hielten die Zentralbanken der Länder mit hohen Einkommen die Leitzinsen extrem niedrig. Das nannten sie „quantitatives Easing“, und es sollte träge Volkswirtschaften ankurbeln. Die lockere Geldpolitik trieb zuerst die Preise von Vermögenswerten hoch, und irgendwann nimmt dann die Inflation zu. Es musste früher oder später so kommen – und jetzt ist es so.

- Ausgelöst und verschärft wurde das durch realwirtschaftliche Schocks. Die Corona-Pandemie hat Lieferketten erheblich gestört. Dann hat der Angriff Russlands auf die Ukraine, Lebensmittel- und Energiepreise in die Höhe getrieben. Zunehmend verheerende Extremwetterereignisse können als realwirtschaftliche Schocks gelten. Auf der Nachfrageseite hat sich der Konsum nach der Pandemie wiederbelebt, insbesondere bei Gruppen mit hohen Einkommen.

Wir erleben also einen gewaltigen wirtschaftlichen Sturm. Da ist es sinnvoll, dass die Gipfelerklärung die Rolle unabhängiger Zentralbanken bekräftigt und zu Umsicht ermahnt.

Aber brauchen wir nicht mehr?

Es ist nicht zu erwarten, dass ein zweitägiges Gipfeltreffen alles regelt, zumal die Teilnehmenden nicht enge Verbündete sind, sondern miteinander konkurrieren und sogar gegnerisch agieren. Der große Widerspruch ist, dass alle wissen, dass internationale Zusammenarbeit nötig ist, sie aber auch Druck zur Entkopplung und Deglobalisierung verspüren. Die Rivalität ist gewachsen. Der Trend geht zu mehr regionaler und nationaler Entscheidungsfindung. Das lange bilaterale Treffen von Joe Biden und Xi Jinping war ermutigend, weil es trotz vieler Differenzen Kooperationswillen zeigte. Erfreulicherweise benennt die Erklärung alle großen Probleme, die gelöst werden müssen. Obwohl Russland G20-Mitglied ist, steht nicht nur drin, dass der Ukrainekrieg makroökonomische Probleme verschärft, sondern sogar, dass die meisten Beteiligten die Drohung mit Atomwaffen

inakzeptabel finden. Das ist erstaunlich deutlich.

Die Probleme zu benennen, die der Krieg verschlimmert, beendet weder den Krieg noch die Probleme.

Natürlich nicht, aber mehr konnten die G20 nicht tun. Es ist ein informelles Gremium mit makroökonomischem Mandat. Es kann Absichten äußern und, wenn es gut läuft, politische Maßnahmen zur Umsetzung koordinieren. Die Absichten stimmten in Bali. Wichtige globale Ziele wurden betont: Ernährungssicherheit, Klimaschutz, Erhalt der Ökosysteme, stabile Finanzarchitektur, regelbasierter Welthandel, inklusives Wachstum und so weiter. Versprochen wurde zudem, Maßnahmen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Das Dokument betont, Frauen, Kleinbauern und -bäuerinnen, Jugendliche und gefährdete Gruppen verdienen besondere Aufmerksamkeit, damit niemand zurückgelassen wird.

Es fordert auch entsprechende Investitionen auf vielen Feldern – von umweltfreundlicher Infrastruktur und sauberer Energie über eine bessere Pandemievorsorge bis hin zu Bildung und Abfallwirtschaft. Wo das Geld herkommen soll, bleibt aber offen, abgesehen von Hinweisen, der Privatsektor und multilaterale Institutionen müssten mitspielen. Ist das größte Problem derzeit nicht, dass allen Nationen die nötige Finanzkraft fehlt? Ich finde, die Erklärung besagt zu wenig über einschlägige Themen wie Steuern, Klimafinanzierung oder Staatsschulden.

Ich verstehe Ihren Wunsch nach einem großen globalen Plan. Dass es daran mangelt, bedeutet aber nicht mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit, auf Probleme zu reagieren. Die G20 tun dies schrittweise. Die Abschlusserklärung unterstützt OECD-Bemühungen, die internationale Zusammenarbeit zur Durchsetzung des Steuerrechts und zur Eindämmung der Steuervermeidung zu verbessern. Sie verweist auch auf den UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba 2015, auf dem betont wurde, Entwicklungsländer müssten ihre Steuersysteme stärken, um mehr inländische Ressourcen zu mobilisieren.

All das mag kleinteilig wirken, aber Sie dürfen nicht vergessen, dass die G20 ein Club von 20 mächtigen, aber widerstreitenden Regierungen ist. Sie können nicht viel



Kohlekraftwerke werden schrittweise abgeschaltet, auch im indonesischen Labuan.

mehr tun, als bestehende internationale und multilaterale Initiativen zu bejahen – und vielleicht zu stärken. Was die Staatsfinanzen der geringstentwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) angeht, haben die G20 sogar wichtige Schritte gemacht. Sie erlauben es den LDCs zunehmend, Sonderziehungsrechte (SZR), die G20-Mitgliedern gehören, für Entwicklungszwecke zu nutzen. SZR sind eine interne Verrechnungswährung des Internationalen Währungsfonds (IWF). 2021 gab der IWF neue SZR zur Linderung von Finanzengpässen in der Pandemie aus. Sie werden immer entsprechend den jeweiligen IWF-Anteilsquoten an die Mitgliedsländer verteilt, sodass Länder mit hohem Einkommen viel mehr bekamen als LDCs. Dass die G20-Mitglieder bereit sind, den LDCs die Nutzung dieser Mittel zu gestatten, ist vielversprechend.

Wie sieht es mit der Klimafinanzierung aus?

Die Erklärung betont, alle bestehenden Versprechen müssten erfüllt werden, und darüber hinaus sei mehr nötig. Aus indonesischer Sicht war die Vereinbarung, die dortigen Kohlekraftwerke innerhalb von zehn Jahren auslaufen zu lassen, am wichtigsten. Sie wurde beim Gipfel geschlossen, ist aber nicht Teil der Erklärung. Es geht mit Unterstützung der EU, anderer G20-Partner und dem Privatsektor insgesamt um 20 Milliarden Dollar. Ein ähnliches Abkommen kam

im vergangenen Jahr mit Südafrika zustande. Ein weiteres mit Vietnam ist geplant. Das geht in die richtige Richtung.

Hätte die Staatsverschuldung, die vielerorts schlimmer wird, nicht mehr Aufmerksamkeit verdient?

Die Abschlusserklärung erkennt das Problem an. Sie erwähnt ausdrücklich Sambia, Tschad und Äthiopien und unterstützt die IWF-Politik in diesen Ländern. Sie bekundet auch Besorgnis über wachsende Schuldenprobleme in Ländern mit mittlerem Einkommen. All das zeugt von grundsätzlicher Handlungsbereitschaft. Während der Pandemie sorgten die G20 auch für die Aussetzung des Schuldendienstes von LDCs. Ohne diesen Schritt wäre die Situation heute viel schlimmer.

Ist das eigentliche Problem nicht, dass die G20 sich über die Umschuldung uneinig sind? China verlängert gern Kredite, erlässt sie aber nicht. Regierungen von Hoheinkommensländern werfen Peking vor, die LDCs in Schuldenfallen zu locken. Die chinesische Kreditvergabe ähnelt den Entwicklungskrediten etablierter Geberländer in den 1970er- und 1980er-Jahren. Mit hohem Infrastrukturaufwand sollte das Wachstum angekurbelt werden, das Resultat war jedoch Überschuldung. Auch etablierte Geberländer sind nicht von Schuldenerlassen begeistert, aber im Gegensatz zu China haben sie die Erfahrung der erfolgreichen multilateralen Umschuldungspolitik um die Jahrtausendwende herum gemacht.

Sie sprechen wichtige Fragen an, aber ich denke, eine Stärke des G20-Gipfels war, dass er die Vergangenheit nicht wieder aufgerollt hat. Wenn westliche Regierungen China wegen der Kreditpolitik ermahnt hätten, hätte China sich über allzu laxen Leitzinsen beschweren können. Es war klug, auf Schuldzuweisungen zu verzichten und nach vorn zu schauen.



IWAN J. AZIS
ist Professor an der Cornell University in Ithaca, New York, und Gastprofessor an der University of Indonesia in

Jakarta. Als wissenschaftlicher Berater der indonesischen Zentralbank nahm er an mehreren Seminaren im Vorfeld des G20-Gipfels teil.

<http://iwanazis.com/>

D+C

DIGITAL MONTHLY

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

International
Journal

ISSN
2366-7257

2022 12

FOOD SECURITY

Why Pakistan's floods
have worsened need
in the long run

INFERTILITY

How childless women
are stigmatised
in Nigeria

FREEDOM OF SPEECH

Why there is no
democratic equality
online



Fiscal space in multiple crisis

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
When states prove to be too “small”, they need more fiscal space

Magazine

- 4 **IMRAN MUKHTAR**
Further reduced food security is an impact of Pakistan’s flood disaster
- 5 **SUPARNA BANERJEE**
UNEP warns that the window to control global warming is closing fast
- 6 **BIMBOLA OYESOLA**
In Nigeria, infertility means stigmatisation
- 8 **ROGER SOUTHALL**
Political attitudes of white people in South Africa in post-Apartheid times
- 10 **HANS DEMBOWSKI**
Why there is no democratic equality online

- 13 **PROGRESS MWAREYA / MASTHEAD (IMPRINT)**
Nowadays: Illegal taxis in Zimbabwe

Debate

- 15 **KARIM OKANLA**
Burkina Faso’s second coup in eight months shows that the security situation is deteriorating in the Sahel region

- 16 **JÖRG DÖBEREINER**
UN climate summit did not deliver on mitigation

- 17 **KAI AMBOS**
Regarding Ukraine war, western allies are paying a price for damaging their own credibility in the past

Focus: Fiscal space in multiple crisis

- 20 **INTERVIEW WITH IWAN J. AZIS**
Why the G20 summit in Bali in November was more promising than originally feared

- 22 **PRAVEEN JHA**
How to expand the fiscal space of developing countries

- 24 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
The strong dollar is causing pain internationally

- 26 **KRISTINA REHBEIN AND MALINA STUTZ**
While the IMF is in favour of debt relief in principle, it hardly spells that out in relations with individual countries

- 28 **SUNDUS SALEEMI**
In economic crisis, women and girls suffer in particular – for example in Pakistan

- 30 **PETER MULENGA, CHIBVALO ZOMBE AND CHARLES CHINANDA**
Zambian dependence on copper exports make its economy vulnerable to shocks

- 32 **ALPHONCE SHIUNDU**
Kenya’s new president wants to increase tax revenues

FOCUS

Fiscal space in multiple crisis

Governments around the world must rise to many huge challenges. Their budgets are tight, however, and especially policymakers in developing countries lack the money they need to tackle issues such as food security or adaptation to global warming decisively. Inflation is making everything even more difficult. Core challenges include raising taxes, preventing – and if necessary dealing with – sovereign default, international transfers and effective multilateral cooperation.

Photo: picture-alliance/Ulrich Baumgarten





 **Our focus section on fiscal space in multiple crisis starts on page 19. It pertains to the UN's eighth Sustainable Development Goal (SDG): decent work and economic growth. It also has a bearing on other SDGs.**

These institutions report to national governments, and an individual country can sabotage global consensus. As the sense of rivalry between major powers has grown, multilateral policymaking will remain incremental and piecemeal.

It bears repetition that the nationalist egotism that motivates Russia's imperialist war in Ukraine is unacceptable. It is compounding all other global problems and thus amounts to an attack on all of humankind.

Nationalist egotism of the Brexit variety has proven harmful too, of course. The campaign to leave the EU was an example of plutocrat populism, sponsored by super-rich individuals who made people believe they were worse off due to the EU's pooling of sovereignty. What those oligarchs really resented was coordinated regulation across the EU, which protects people and the environment from market dynamics' external effects. They hoped Brexit would result in race to the regulatory bottom. Financial markets did well to put a break on it.

We do not need small states. We need competent and responsible governments.

When states prove too small, they need more fiscal space

Our era is one of unprecedented market failure. Global heating and the erosion of ecosystems result from buyers and sellers not bearing the costs that the external impacts of their self-serving transactions cost. The consequences are endangering our species' future. Governments must thus regulate markets, invest in eco-friendly infrastructure and, where possible, repair damages.

Some still believe that markets always deliver the best results, so government interventions must be limited to the bare minimum. This distorted worldview has been very powerful since the early 1980s. Back then, Britain's Prime Minister Margaret Thatcher was a protagonist of the paradigm shift towards the "small" state. Now the short tenure of Liz Truss in the same office may prove to be another turning point.

In Thatcher's tradition, Truss wanted to impress financial markets by cutting taxes. To provide essential services, she planned to increase sovereign debt. She hoped that policy would attract investors to Britain. Instead, the markets she wanted to please rejected her reckless approach. To stabilise the pound, the central bank had to raise interest rates drastically, making real-economy investments in Britain less attrac-

tive. Higher borrowing costs, moreover, now exacerbate Britain's budget constraints.

The international community faces multiple crises, which are reinforced by inflation. The Covid-19 pandemic was disruptive, and Russia's invasion of Ukraine has compounded problems. We have seen how costly the neglect of health care and pandemic preparedness can be. The war, moreover, ended any notion of the peace dividend that the end of the Cold War offered.

Growing need makes social-protection spending more important. Military spending is going up in many places too. Subsidies to help businesses survive in difficult times are indispensable as well. National budgets are stretched accordingly. Sovereign debt has increased fast in many places. While things are especially desperate in developing countries, all governments currently lack the fiscal space they need. Prudent taxation, risks of sovereign default and looming implications deserve attention. How to keep urgent investments feasible in spite of rising interest rates is an important question too.

The key to solving global problems is international cooperation. Unfortunately, the complex and fragmented landscapes of multilateral institutions is not up to task.



HANS DEMBOWSKI
is editor-in-chief of **D+C Development and Cooperation / E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit.**

euz.editor@dandc.eu

Iwan J. Azis found the G20 summit in Bali in November more encouraging than he had expected. He is a professor at Cornell University's Dyson School of Applied Economics and Management. His main topic is emerging markets. He is also a visiting professor at the University of Indonesia in Jakarta. In this issue of D+C/E+Z he takes stock of the G20 summit (page 20).



He participated in G20 related events as an adviser to Indonesia's central bank and deposit insurance companies.

► All contributions to our focus section will also appear on our website www.dandc.eu, where you will find other related content as well.

INDONESIA 2022

xxx



FOCUS

Fiscal space in multiple crisis

“After the G20 summit, I am actually a bit more optimistic than I was before.”
IWAN J. AZIS, P. 20

“The smaller a country’s GDP per capita is, the lower its tax revenues tend to be.”
PRAVEEN JHA, P. 22

“The strong dollar tends to hurt particularly developing economies in several ways.”
ANDRÉ DE MELLO E SOUZA, P. 24

“In 2022, the IMF lent money at record levels for the third year in a row.”
KRISTINA REHBEIN AND MALINA STUTZ, P. 26

“There has been far too little public and private investment in education, skills, training and research.”
SUNDUS SALEEMI, P. 28

“Even before the advent of Covid-19, Zambia was at high risk of overindebtedness.”
PETER MULENGA, CHIBVALO ZOMBE AND CHARLES CHINANDA, P. 30

“The greatest challenge is probably to widen the tax base by gradually including more informal workers in the system.”
ALPHONCE SHIUNDU, P. 32

GLOBAL GOVERNANCE

G20 leaders are “not in a state of denial”

The top policymakers of the G20 – the group of the world’s 20 largest economies – convened in Bali in November. According to Iwan J. Azis, an Indonesian economist, they are aware of the complex challenges humankind is facing.

Iwan J. Azis interviewed by Hans Dembowski

No, I do not think so. My impression is that all policymakers involved understand that the current polycrisis is more complex than they used to assume. Covid-19, the war in Ukraine, the economic slump, food shortages, global warming, the dwindling of biodiversity and inflation reinforce one another in ways that make them almost intractable. After the summit, I am actu-

Loose monetary policy, of course, makes asset prices rise, with eventually inflation increasing. It was obvious that it would take off sooner or later, and now it has.

- This development was triggered – and exacerbated – by real-economy shocks. One was the coronavirus pandemic which severely disrupted supply chains. Another one was Russia’s invasion of Ukraine, which drove up food and energy prices. You can also count increasingly devastating extreme-weather events as real-economy shocks too. On the demand side, consumption, which was subdued in the pandemic, has resumed, especially among high income groups.

So we are now living in a perfect storm. In this setting, it makes sense for the summit declaration to reiterate the role of



Global leaders in tree-planting photo opportunity in Bali.

We are living in multiple crises, and inflation is compounding all other problems. In a way, inflation is also a response to those crises because it is redistributing purchasing power and thus resources, though in an unplanned and uncoordinated way. The G20 declaration shows awareness of the problems and encourages central banks to manage the situation. To me, this message is confusing because central banks are now in a kind of race to raise interest rates, trying to keep their respective currencies competitive and make other countries bear a greater burden (see André de Mello e Souza on page 24 of this issue). The G20 was launched in 2008 to coordinate macro-economic policy. Is the group shying away from that task?

ally a bit more optimistic than I was before. I find it encouraging that the world’s most important governments are not in a state of denial and have done a lot to find common ground.

But that does not add up to a strategy to control inflation.

Well, there is only so much a group of 20 governments can do. Two things are driving up prices:

- One is the return to normal monetary policy after years of super-cheap money. Ever since the financial crisis of 2008, central banks of high-income countries had kept interest rates extremely low. The policy was called quantitative easing and it served to stimulate sluggish economies.

independent central banks and call for vigilance.

But don’t we need more?

You cannot expect a two-day summit of heads of state and government to sort out everything, especially as they really are not close allies, but competitors and even adversaries. A big contradiction is that they all know that international cooperation is necessary, but they also feel the pressures of decoupling and de-globalisation. The sense of rivalry among them has grown, and there is an international trend towards more regional and national decision-making. It is therefore promising that Joe Biden and Xi Jinping had a long bilateral meeting in Bali. It shows an interest in cooperation in spite

of many disagreements. It is equally encouraging that the declaration mentions all of the big problems that must be solved. Even though Russia is a G20 member, for example, the declaration spells out that the war in Ukraine is compounding macroeconomic problems. It also states that threats to use nuclear weapons are unacceptable in the eyes of most participants. The language of the statement is surprisingly clear.

Acknowledging that the war adds to macroeconomic problems does not end the war – and it does not reduce the problems.

No, it does not, but that is the most the G20 was able to do. It is ultimately an informal setting with a macroeconomic mandate. It really can only express intentions and, if things go well, coordinate policies to make them come true. In terms of intentions, important global goals were reconfirmed, including food security, the mitigation of climate change, the protection of ecosystems, the stability of the financial architecture, the rule-based trade order, inclusive growth and so on. The document includes a commitment to speed up action towards achieving the Sustainable Development Goals. It also points out that women, smallholders, youth and vulnerable groups deserve particular attention, so no one gets left behind.

The declaration also calls for new investments to promote related causes – from eco-friendly infrastructure and clean energy to better pandemic preparedness through to education and waste management. But it does not say where the money will come from, apart from hints that the private sector must play a role and multilateral institutions should be involved. Isn't the greatest problem we face today that all nations lack the fiscal space they need? I think the declaration says too little about related topics, from taxes to climate finance to sovereign debt.

I empathise with your wish to see a grand global plan. However, the lack of it does not amount to an unwillingness or an inability to respond to problems. The G20 are doing so in incremental steps. The declaration endorses OECD efforts to improve international cooperation on raising taxes and stemming tax avoidance, and it refers to the UN summit on development finance in Addis Ababa in 2015, which emphasised that developing countries must improve their tax system to mobilise domestic resources.



Indonesia's coal-fired power stations, including in Labuan, will be phased out.

It may look piecemeal, but don't forget, the G20 are a club of 20 powerful but competing governments. They really cannot do much more than to support – and perhaps strengthen – existing international and multilateral initiatives. In regard to the fiscal space of least developed countries (LDCs), moreover, the G20 actually did take important steps. G20 members are increasingly allowing LDCs to use for developmental purposes special drawing rights (SDRs) which belong to the G20 members. SDRs are an internal IMF monetary reserve asset. They are distributed according to each member's quota proportion at the IMF. The Fund issued new SDRs in 2021 to ease fiscal constraints in the pandemic and distributed them according to countries' quota of IMF shares, so the high-income countries got much more than the LDCs. It is promising that G20 members are becoming less hesitant to letting LDCs use those assets.

What about climate finance?

Well, the declaration does reiterate that all existing promises must be fulfilled. It also indicates that more is needed. From the Indonesian perspective, the deal to phase out the country's coal-fired power stations in the next 10 years was most important. It was concluded in the context of the summit but

does not feature in the declaration. The deal is worth \$20 billion and includes support from the EU, other G20 partners and the private sector. A similar deal was concluded with South Africa last year, and another one is planned with Vietnam. These are all sensible steps in the right direction.

My hunch is that sovereign debt issues, which are getting worse in many places, deserved more attention.

But the declaration does take account of them. It explicitly mentions the cases of Zambia, Chad and Ethiopia, where it appreciates the stance taken by the IMF. It also expresses concern for debt problems increasing in middle-income countries – and all of this reveals a willingness to act eventually. Without the suspension of least developed countries' debt servicing during the pandemic, the situation would be much worse today. The G20 made the suspension happen.

Isn't the real problem that the G20 do not agree on what to do regarding debt restructuring. China has a pattern of extending, but not forgiving loans. Some policymakers of high-income countries accuse Beijing of ensnaring LDCs in debt traps. In many ways, Chinese lending has resembled development lending by established donors in the 1970s or 80s, focusing on infrastructure in the hope of triggering growth, but ultimately leading to over-indebtedness. Obviously, the governments of high-income countries are not fond of debt relief either, but, unlike China, they have the experience of how useful multilateral debt relief was around the turn of the millennium.

Yes, those are interesting issues, but I think the strong point of the G20 summit was that it did not relitigate the past. So if western governments had started admonishing China for its lending, China could have responded by complaining about quantitative easing. It was wise to stay away from blame games and look forward instead.



IWAN J. AZIS
is a professor at Cornell University in Ithaca, New York, and visiting professor at the University of Indonesia in

Jakarta. He served as a research advisor to the Indonesian central bank, participating in several pre-G20 seminars.

<http://iwanazis.com/>